

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Rpf., bei Lieferung frei Haus 55 Rpf. Postbezug monatlich 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 4 - Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. - Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimattell, Sport u. Anzeigen: Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil: Walter Mohr, Pulsnitz. D. N. XII.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Stiller-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 8

Dienstag, den 11. Januar 1938

90. Jahrgang

„Zur Erhaltung des Gleichgewichts“

Fünf neue englische Schlachtschiffe und acht Kreuzer

Der Marinekorrespondent des „Daily Telegraph“ unterrichtet, daß das britische Flottenbauprogramm für 1938 umfangreicher als das des vergangenen Jahres sein werde, in dessen Verlauf Kriegsschiffe in einer Gesamttonnage von 226 000 Tonnen gebaut worden seien. Das diesjährige Bauprogramm werde unter dem Gesichtspunkt aufgestellt, „das Gleichgewicht sowohl in europäischen wie in fernöstlichen Gewässern aufrechtzuerhalten“. Der Bau folgender Kriegsschiffe wird nach dem Bericht des Marinekorrespondenten im neuen Bauprogramm vorgesehen: Fünf Schlachtschiffe, vier oder fünf 8000-Tonnen-Kreuzer, drei 5300-Tonnen-Kreuzer, 16 Zerstörer sowie eine entsprechende Anzahl Unterseeboot-Flottenbegleiter und Hilfschiffe. In Marinekreisen stelle man mit Befriedigung fest, daß Italien, obwohl es den Londoner Vertrag nicht unterzeichnet habe, sich in seinen neuen Schlachtschiffbauten an die 35 000-Tonnen-Grenze hält.

Auch USA-Marine wünscht Verstärkungen

Wie „Herald Tribune“ mitzuteilen weiß, will das Marineministerium ein Ermächtigungsprogramm auf lange Sicht empfehlen, das den Bau von 37 bis 39 Schiffen mit einer Gesamttonnage von 237 000 Tonnen umfaßt. Das mehrjährige Programm sehe den Bau von drei Schlachtschiffen, zwei Flugzeugträger, drei bis vier Schlachtkreuzern, drei oder vier Leichten Kreuzern, 20 Zerstörern und sechs Unterseebooten vor.

Die amerikanische Bundesflottenbehörde hat ein neues ausgedehntes Schiffsbauprogramm bekanntgegeben. Danach wurden mit Gesellschaften langfristige Subsidienverträge über den Bau von 50 Frachtschiffen abgeschlossen. Die Gesamtkosten dieser Schiffe belaufen sich auf 110 Millionen Dollar. Außerdem wurde ein Abkommen über den Bau von

zwölf Oelstärkern getroffen, wozu die Bundesregierung 10,5 Millionen Dollar beisteuern wird.

Moskau plant neue Rüstungskäufe

Wie aus einem Bericht der „New York Times“ hervorgeht, beabsichtigen die Sowjetrussen, in USA und in England Maschinen zum Bau von Schlachtschiffen bzw. Schiffsteilen zu erwerben. In Sheffield in England sei bereits eine derartige Maschine bestellt worden. Die neuerdings sehr verstärkten Flottenrüstungen der Vereinigten Staaten haben dazu geführt, daß die Rüstungszeiten für den von den Sowjets seit langem erstrebten Bau von sowjetrussischen Schlachtschiffen auf amerikanischen Werften sich sehr hinauszuziehen würden, womit diese Sowjetpläne etwas in den Hintergrund geraten wären. Das Blatt legt dar, daß die Rüstungsindustrie der USA zur Zeit mit amerikanischen Aufträgen geradezu überhäuft sei. Aus diesem Grunde sei auch der Plan der Sowjetrussen, die bis vor kurzem nicht vollarbeitenden „New York Shipbuilding Yards“ mit der Hauptwerkstatt in Camden (New Jersey) aufzukaufen, gescheitert.

Die „New York Times“ berichtet in diesem Zusammenhang interessanter Einzelheiten über die Tätigkeit einer „technischen Kommission“, die sich aus sowjetrussischen Marineoffizieren und Ingenieuren zusammensetzte und in den letzten Monaten „intensiv“ amerikanische Herstellungsmethoden studiert habe. Diese Kommission habe von den amerikanischen Behörden die Erlaubnis erhalten, mehrere Fabriken zu besichtigen und „gewisse Maschinen“ zu studieren. Der Zweite Marineattaché an der sowjetrussischen Botschaft in Washington habe vor einiger Zeit den neuen 10 000-Tonnen-Kreuzer „Philadelphia“ auf der Werft besichtigen können.

In einem Rundschreiben erinnert Oberst Koc daran, daß er auf Grund des Auftrages von Marschall Abdz-Smiqab den Versuch unternommen habe, im Rahmen des Lagers der nationalen Einheit alle konstruktiven Elemente im Interesse der Landesverteidigung zu vereinigen. Das Verantwortungsgefühl verbiete ihm angesichts seines Gesundheitszustandes, die Leitung des Lagers noch weiter zu tragen.

In politischen Kreisen glaubt man, daß dieser Wechsel in der Leitung zu einer erheblichen Aktivierung der politischen Bestrebungen des Lagers der nationalen Einheit führen werde. General Skwarzynski, der im 45. Lebensjahr steht, ist einer der jüngsten Generale der polnischen Armee.

Die neuen Kräfte in der Politik

Die erste Sitzung der Budapester Dreierkonferenz

An der ersten Sitzung der Dreierkonferenz der Rom-Paktmächte nahmen der italienische Außenminister Ciano, der ungarische Ministerpräsident Daranyi, der Außenminister von Rumänien, der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg und Staatssekretär Schmidt teil. In der Sitzung sind, wie mitgeteilt wird, die die drei Mächte unmittelbar berührenden Fragen erörtert worden.

In der Regierungspresse wird auf die Bedeutung der Achse Berlin-Rom hingewiesen. Das Regierungsablenblatt „Eski Ujsaq“ zählt die neuen Kräfte der europäischen Politik, die jetzt behandelt würden, auf: Die Achse Berlin-Rom, das deutsch-österreichische Abkommen, der rumänische Richtungswechsel, das italienisch-jugoslawische Verhältnis.

500 000 illegale Einwanderer

Seit 100 Jahren überfluten die Juden Rumänien.

Der neue rumänische Ministerpräsident Goga erklärte dem Sonderkorrespondenten des „Journal“ über die Judenfrage in Rumänien u. a.: Seit 1830 hätten die Juden die Moldau und Bessarabien überflutet und später sei Rumänien durch den Einfluß Diraels gezwungen worden, den eingewanderten Juden Bürgerrechte zu gewähren. Die Juden aber hätten den Bauern in größtem Maßstab ausgenutzt. Der Zustrom von Juden habe weiterhin ununterbrochen angehalten. Bei der großen Offensive Brusilows in Galizien sei eine Welle von Jraeliten nach Rumänien gekommen. Als Admiral Horby einige Jahre später Ungarn vom Bolschewismus Bela Kshun befreite, hätten die ungarischen Juden ebenfalls um den rumänischen Schutz ersucht. Als sich Polen und Rumänien in der Ukraine bekämpften, seien die ukrainischen Juden in Massen nach Bessarabien gewandert. Alle diese Jraeliten hätten nur nach einer Durchreisegenehmigung gefragt, aber schließlich und endlich hätten sie sich alle in Rumänien niedergelassen.

Gegen die Juden sei man nicht ungerecht. Alle Fragen würden auf juristischer Grundlage geregelt; nur eine Revision der Rechte der in letzter Zeit eingewanderten Juden werde gefordert. Es handle sich darum, gegen die etwa 500 000 nicht rechtlich im Lande befindlichen Juden Stellung zu nehmen. Zum Schluß sprach Goga die Bitte aus, man möge Rumänien in seinem eigenen rumänischen Hause in Ruhe lassen.

Zu den Pariser September-Ereignissen

Der französische Innenminister gab eine Erklärung ab, nach der die Urheber der Attentate vom 11. September 1937 bekannt seien. Drei von vier Beteiligten seien verhaftet worden. Die Attentate hätten kein anderes Ziel gehabt als den Bürgerkrieg heraufzubeschwören.

Kriegserklärung ohne Volksbefragung

Der Kongreß der Vereinigten Staaten lehnte mit 209 gegen 188 Stimmen die Vorlage über die verfassungsändernde Lublow-Entschlieung, die einen Verfassungssatz vorsah, nach dem kein Krieg ohne vorherige Volksabstimmung erklärt werden soll, ab. Roosevelt hatte sich ebenfalls gegen die Entschlieung ausgesprochen.

Polens Außenpolitik

Außenminister Beck über das Verhältnis zu Deutschland

Der polnische Außenminister Beck hat im Auswärtigen Ausschuß des Sejm eine umfangreiche Rede über Polens Außenpolitik und seine Stellung zu den europäischen Ländern gehalten. In den letzten Jahren sei die internationale Politik tief verändert worden durch die Erschütterung der bisherigen Methoden. Polen habe sich aus der Krise größtenteils herausgehalten können, da es die Nation interessierenden Probleme unabhängig von Konjunkturen erwogen habe. Man habe Polen eine übergroße Vorliebe für Zweifeltigkeit zum Vorwurf gemacht. Aber Polens nachbarliche Verhältnisse, deren wesentliche Bestandteile die Nichtangriffspakte mit Sowjetrußland und dem Deutschen Reich seien, hätten ihren unveränderlichen Wert behalten. Auch die Lebenskraft der Bündnisse mit Frankreich und Rumänien sei in letzter Zeit untergraben worden. Außenminister Beck fuhr dann fort:

„Ohne unsere Rolle allzubegrenzt aufzufassen, bemühen wir uns, unsere freundschaftlichen Verständigungen zu befestigen und zu entwickeln. Und so hatten wir im vergangenen Jahr den schon traditionellen Besuch des Ministerpräsidenten Göring, dessen persönlicher Kontakt mit unserem Lande ein wesentliches Element für ein besseres gegenseitiges Verständnis zwischen unseren benachbarten Ländern ist.“

Der Minister erklärte dann, auf die inneren Angelegenheiten des Landes eingehend, daß man auch nicht vor der Suche nach neuen Formen zurückzublicke, und erklärte dann weiter wörtlich: „Und so haben wir, im einverständlichen Streben mit der Deutschen Reichsregierung zur Festigung unserer, auf den Grundsatz guter Nachbarschaft gestützten Verhältnisse, zur Lösung eines der wesentlichen Elemente auf diesem Gebiete gegriffen, nämlich zum Problem der Behandlung der nationalen Minderheiten zu beiden Seiten der Grenze. Wir hatten kein früheres System zur Verfügung, das die Lebensprobe schon bestanden hätte. Da wir uns jedoch über das Ziel klar waren, welches wir erreichen wollen, haben wir in der Deklaration vom 5. November 1937

einen neuen Weg gefunden,

der nach meiner Überzeugung eine vernünftige Art und Weise bildet, einerseits die innere Geschlossenheit eines jeden der Staaten zu gewährleisten, andererseits geeignet ist, gute Bedingungen zu schaffen für das Zusammenleben einer beträchtlichen

weiter nationalen Kultur anhängenden Volksgruppe mit dem Staatsvolk eines jeden der beiden Länder. Ich erachte diesen Akt, bei gleichzeitiger Liquidierung - im Juli v. J. - der letzten Ueberbleibsel einer Ingerenz außenstehender Faktoren auf Gebietsstücken Deutschlands und Polens, als einen sehr wesentlichen Schritt zur dauernden Festigung und Kräftigung der Grundsätze, auf welche das Einvernehmen vom Januar 1934 gestützt war.“

Der Minister erklärte weiterhin zur Palästinafrage, daß sie keine lokale Angelegenheit, sondern eine Frage von europäischer Bedeutung sei. Die Krise des internationalen Lebens stehe vor allem mit dem Völkerverbund im Zusammenhang. Unmöglich sei der Zustand, daß das Statut einer auf Universalität berechneten Institution bloß von einigen Staaten zur Anwendung gebracht werde. Der Austritt Italiens und die Erklärung Deutschlands zur Frage der Genfer Liga sei in einigen Kreisen der internationalen Meinung auf die leichte Schulter genommen worden. Es sei auch die Anschauung verbreitet worden, daß diese Vorgänge der Genfer Liga von Nutzen seien. Minister Beck trat solchen Auffassungen entgegen, ebenso der Tendenz, die Genfer Einrichtung als ein Werkzeug gegen die totalitären Staaten aufzufassen. „Wir achten das Recht eines jeden, sich zu Hause seinen eigenen Anschauungen gemäß einzurichten, sofern er nicht andere, und insbesondere uns selbst, nach seiner Façon umzumodeln versucht.“

Zu den Plänen und Ideen eines Wiederaufbaues der internationalen wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen erklärte Beck, daß nach polnischer Auffassung diese Projekte keine ernstlichen Aussichten auf Erfolg hätten, wenn man die Augen vor der Aktualität der Rohstoff- und Auswanderungsfrage verschließe.

Oberst Koc trat zurück

Gesundheitsrückichten bestimmten den Entschluß

Die Gerüchte über den Rücktritt des Obersten Koc von seinem Posten als Leiter des Lagers der polnischen nationalen Einheit bestätigten sich. Zum Nachfolger des Obersten Koc wurde der soeben in den Ruhestand getretene Divisionsgeneral Stanislaw Skwarzynski ernannt.